



118/2005

Kiel, 1. September 2005

Ostseeparlamentarier im Schulterschluss – Plädoyer für eine integrierte EU Meerespolitik

Kiel (SHL) – *Einheit macht stark: eine integrierte maritime Politik für den Ostseeraum haben die Ostseeparlamentarier auf ihrer 14. Jahreskonferenz am 29. und 30. August in Vilnius gefordert. Die Politiker wollen so ihre Position bei der EU in Brüssel deutlicher machen und dadurch die Interessen der Ostseeanrainer im Entwurf des Grünbuchs der Europäischen Kommission zur integrierten europäischen Meerespolitik platzieren.*

Mehr als 120 Abgeordnete aus 22 Parlamenten kamen in der litauischen Hauptstadt zusammen um über künftige Schwerpunkte der Ostseepolitik zu beraten. Die deutsche Delegation unter Leitung von Landtagspräsident Martin Kayenburg war mit Abgeordneten der Parlamente Schleswig-Holsteins, Hamburgs, Mecklenburg-Vorpommerns, Bremens und des Deutschen Bundestages vertreten.

In ihren Diskussionsbeiträgen hoben die Abgeordneten die zentrale Bedeutung des Seeverkehrs für die Wirtschaft der EU und der Ostseeregion hervor: Die Ostsee ist heute eines der am stärksten befahrenen Meere und zugleich eines der sensibelsten Ökosysteme weltweit. Aber sie ist nicht nur durch den Seeverkehr, sondern auch in erheblichem Maße durch andere Nutzungen, wie beispielsweise Fischerei und Landwirtschaft, Tourismus oder energiepolitische Maßnahmen gefährdet.

„Mit der Aufnahme der integrierten EU Meerespolitik in die Schlussresolution ist es den norddeutschen Landesparlamenten und dem Deutschen Bundestag gelungen, bei den übrigen Ostseeanrainerstaaten ein Stück Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Ostseeparlamentarierkonferenz wird dem Anliegen der norddeutschen Küstenländer die nötige Verstärkung und Resonanz in Brüssel verschaffen“, ist Martin Kayenburgs optimistisch. Diese Zuversicht ist auch deshalb berechtigt, weil neben dem Schleswig-Holsteinischen Landtag künftig auch der Deutsche Bundestag in den Lenkungsorganen der Ostseeparlamentarierkonferenz Sitz und Stimme hat.

Der Meeresumweltschutz ist nach wie vor ein drängendes politisches Thema in der EU. Die Ostseeparlamentarierkonferenz nimmt seit dem Jahr 2002 ihren Beobachterstatus bei HELCOM (Commission on the Baltic Sea Area marine environment protection) aktiv wahr und wird den politischen Druck schwerpunktmäßig in den Bereichen Schiffssicherheit und Eutrophierung der Ostsee weiter verstärken.

Die in Vilnius ebenfalls beschlossene Einräumung eines Sitzes im Ständigen Ausschuss der BSPC an das Europäische Parlament werten die schleswig-holsteinischen Abgeordneten – Astrid Höfs, Anke Spoorendonk, Manfred Ritzek und Karl-Martin Hentschel – in fraktionsübergreifender Geschlossenheit als „ebenso richtig wie überfällig, um die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz intensiver mit den Brüsseler Institutionen zu vernetzen.“ „Bisher steht die politische Bedeutung und Wahrnehmung des Ostseeraumes auf der EU-Ebene in einem krassen Missverhältnis zu seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung. Das wollen wir ändern; Vilnius war ein Schritt in die richtige Richtung“, so das Credo des Delegationschefs Martin Kayenburg.